Attrappen, die Opposition zur Ohnmacht verdammt oder nur aber das Tempo des allgemeinen französischen Vormarsches auf dem Weltkriegsschauplatz Deutschland anderer Meinung als der Diktator. In der Tat: Poincaré kennt die Seele der Franzosen wie der erste Napoleon, obwohl beide keine Franzosen sind, und spielt auf ihren Saiten meisterlich. Wie der große Korse ein Meister in Bulletins, Aufrufen und Armeebefehlen war, so ist der lothringische Rechtsanwalt ein Redner, der seine Gelegenheit vorübergehen läßt, seine politischen Ideen den verödeten Zuhörern einzuflößen. Ein Mimt, der auf der Weltbühne die größte Aufmerksamkeit erregt. Und doch nur ein Komödiant. Ein Schauspieler, der die Seelen fast hält, weil er nur Intellekt und Berechnung ist. Ein großer politischer Machthaber, aber kein Staatsmann. Ein Epigone, aber kein politischer Genius, der immer ein Neuton suchen sein muß; ein Mann der Taktik, aber nicht der großen Strategie. Er trägt Napoleons Stiefel, aber er hat nicht seinen „Ehrgeiz, das Reich der Vernunft, die volle Entwicklung, den ganzen Genuß seiner Fähigkeiten endlich herzustellen und zu erreichen". Er ist brutal und rücksichtslos, wie es jener war, aber er schaut nicht nach fernen Horizonten, sondern arbeitet mit der Kaltblütigkeit und Dickköpfigkeit des engherzigen Fanatikers an der Erreichung des unsinnigen Zieles, Frankreich für alle Zeiten die Hegemonie in Europa zu sichern. Seine Beweisstücke entstammen der alten französischen Schule, die noch keine Weltwirtschaftspolitik kannte, der der Kontinent Europa die Welt war. Er übernahm von dieser Schule nur das Requisit des Deutschenhasses; auf Haß aber kann keine große Politik gegründet werden.

Amerikas Diplomaten haben nicht minder ein schlechtes Spiel gespielt. An Wilson braucht man nur gerade zu erinnern. Diese Staatskunst ist, das kann man schon heute sagen, vor der Geschichte gerichtet. Amerika hatte einst Staatsmänner. Und Harding? Vielleicht ist er dahingegangen, ehe er seine politischen Pläne reifen sah. Aber was wir von diesem Manne, auf den so viele Deutsche überschwenglische Hoffnungen gesetzt, gesehen haben: seine schwankende, ewig unentschlossene Politik nüchternsten Amerikanismus, die ohne Verständnis für die Weltwirtschaftszusammenhänge, ohne Verständnis für die Leiden eines großen, wertvollen Volkes, aber voller Verständnis für Frankreichs Mentalität die Dinge laufen läßt, wie sie laufen, war ohne Ziel und ohne Größe. Ja, man glaubt nicht, mit wie wenig Weisheit die Welt heute regiert wird. Epigonen, die das Erbe der Väter nicht zu erwerben vermochten, bestimmen die Geschicke der Welt, bis einst das große Weltgewitter mit grellen Blitzen solche Unfähigkeit und Passivität beleuchten wird.

Englands Meisterregierer sind bekannt. Noch nie in der ganzen britischen Geschichte sind ihre großen politischen Traditionen von den Staatsmännern Großbritanniens so in den Hintergrund gestellt worden, wie in der Zeit des Weltkrieges und der jüngsten Gegenwart. Von Lord Grey bis Lloyd George und Bonar Law haben sie eine falsche Politik getrieben: sie haben Frankreich groß gemacht, weil sie nur auf Deutschland sahen, und damit das europäische Gleichgewicht, dessen Erhaltung ehemals große englische Staatspolitik gewesen, auf lange Jahrzehnte hinaus zerstört. Und die englischen Konservativen, die Diehards, die immer Frankreichs beste Freunde gewesen sind, stehen selbst heute noch zu dem Programm der bedingungslosen Unterstützung Frankreichs. Die englische Zeitschrift „Outlook" faßt ihre Anschauungen so zusammen:

„Der Schlüssel der Lösung liegt bei England. Gelingt es Lord Curzon und Baldwin, das englische Staatsschiff in das Fahrwasser altenglischer Tradition zurückzulenken, dann kann das friedlose Europa vor dem Chaos bewahrt werden. England spielt ein hohes Spiel. Es handelt sich auch um seine Weltmachtstellung. Die Baldwinsche Antwort zeigt, daß England seine Stunde noch nicht erkannt hat. Vielleicht kann es aus seiner Lethargie nur durch französisches scharfes Pulver erweckt werden."

Als die Verbündeten 1814 in Frankreich einmarschiert waren, erklärten sie in einem Aufruf, „daß sie die Integrität des alten Frankreich, so wie es unter seinen rechtmäßigen Königen bestanden hat, achten; sie vermöchten selbst mehr zu tun, weil sie stets den Grundsatz bekennten, daß Frankreich zum Glücke Europas groß und stark sein müsse".

Kein Mensch hat damals von einer Schuld Frankreichs an dem ungeheuren Elend des napoleonischen Weltkriegszeitalters oder gar von einer Alleinschuld Frankreichs überhaupt nur gesprochen; der Gedanke ist nicht einmal gedacht worden, obgleich Frankreichs Ehrgeiz und Eroberungslust damals 20 Jahre lang die europäische männliche Jugend auf den Schlachtfeldern verbluten ließ. Denn es handelte sich ja um das „heilige Frankreich". Deutschland, das ökonomisch unendlich viel wertvoller ist, als das ackerbauende Wallerland, ja, Deutschland kann natürlich zerrissen und zerstückt, geknebelt und zertreten werden. Das bleibt ewig der Kindringling, der arme Junge ohne eine rechte Kinderstube, und wenn es möglich wäre, es ins Nichts zu versenken, so würde ihm die Welt, die als auserwählte Großvölker nur Amerikaner, Engländer und Franzosen anerkennt, keine Träne nachweinen: denn noch immer nicht ist unseren Weltregierern die Einsicht aufgegangen, daß die Tüchtigkeit eines 60-Millionen-Volkes, seine geistige Kraft und seine Arbeitsleistung für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft unentbehrlich sind. Noch immer bewegen sie sich in den Gedankengängen der alten Kontinentalwirtschaft und des europäischen Gleichgewichts vor 1870. Ja, man glaubt nicht, mit wie wenig Weisheit die Welt heute regiert wird! Bis dereinst — über kurz oder lang — die ehernen Gesetze der Weltwirtschaft und der ökonomischen Entwicklung zum Entsetzen der Weltregierer von heute ein neues schaffen werden — wenn nicht anders, so auf den Trümmern der Welt von heute.

Ein proletarisches Arbeitsstreckungsprogramm.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 18. Sept. Ueber die Stimmung, die gegenwärtig innerhalb der Sozialdemokratie herrscht, gibt eine Entschließung lehrreichen Aufschluß, die die sozialdemokratisch gerichtete freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale gefaßt hat und in der es heißt: **Die gesamten proletarischen Organisationen** sind verpflichtet, durch ein eigenes proletarisches Reparations- und Steuerprogramm die Reparations- und Ruhrfrage schnellstens zur Lösung zu bringen. **Zur Arbeitslosenfrage fordern wir, daß Arbeiterentlassungen in den Betrieben nicht stattfinden dürfen, sondern daß eine allgemeine Streckung der Arbeitszeit zu erfolgen hat, wobei für die verkürzte Arbeitszeit ein Drittel des Lohnausfalls vom Unternehmer und ein Drittel vom Reich gezahlt werden muß.** Für die dann noch verbleibenden Arbeitslosen ist eine Unterstützung in Höhe des Existenzminimums zu zahlen. **Die Durchführung dieser Maßnahmen soll durch die Regierung erfolgen. Lehnt sie diese ab, so fordern wir von den proletarischen Organisationen die Bildung einer gemeinsamen Regierung.** Wir beauftragen den Vollzugsrat, vorstellig zu werden bei den Zentralen der politischen Parteien und den Gewerkschaften, damit diese vorstellig werden bei der Regierung.

Von dem einzigen Rettungsmittel aus unserer wirtschaftlichen Not, der Steigerung der Produktion, angefangen bei der Urproduktion Kohle, Kali und Landwirtschaft, ist in diesem Programm nichts zu lesen. Wir werden aber nie aus dem Abgrund kommen, ehe die Erkenntnis dieser unbedingten Notwendigkeit nicht Gemeingut des ganzen Volkes geworden ist.

Ein Ernährungsdiktator für Bayern?

München, 18. Sept. **Nach Blättermeldungen ist die Ernennung eines Ernährungsdiktators für Bayern in Aussicht genommen.** Ihm soll die Befugnis erteilt werden, in eigener Zuständigkeit alle Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um die Ernährungsverhältnisse in Bayern so erträglich zu gestalten, wie es angesichts der ganzen Wirtschaftslage überhaupt möglich ist. Eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht war bisher nicht zu erhalten. (W. T. B.)

Baldwins bevorstehender Besuch bei Poincaré.

Die Wiederaufrichtung der Entente.

Paris, 18. Sept. Wie Havas meldet, findet die Unterredung zwischen Poincaré und Baldwin morgen nachmittag statt. (W. T. B.)

Paris, 18. Sept. An der bevorstehenden Zusammenkunft zwischen Baldwin und Poincaré schreibt der „Petit Parisien": Schon in der vergangenen Woche habe Poincaré freundschaftlich bei dem englischen Premierminister angefragt, ob er bei der Durchreise durch Paris eine Begegnung mit ihm wünsche. Das halbamtliche Blatt sagt, die Begegnung dürfe nicht lediglich den Charakter eines einfachen Höflichkeitsbesuches haben. Freilich dürfe man von dieser Unterredung auch nichts erhoffen, was sie nicht bringen könne. Nur einige Wochen, sagt das Blatt weiter, trennen uns von dem letzten Notenaustausche, der die Uneinigkeit der französischen und englischen Regierung über die Gesamtheit des Reparationsproblems und der Ruhrbesetzung offenbart hat. Seit dieser Zeit hat sich keine neue Tatsache von irgendwelcher Bedeutung ereignet.

Die Verhandlungsangebote, die in der letzten Zeit von Berlin gekommen sind, seien keine Ereignisse, da der deutsche Reichskanzler versäumt habe, zu äußern, daß er bereit sei, den passiven Widerstand bedingungslos aufzugeben.

Da sich die Lage nicht geändert habe, könne man nicht ersehen, inwiefern Poincaré oder Baldwin ihre Stellung verändern könnten. Aber es sei gut, daß sie sich kennen lernten. Nach dem „Petit Parisien" solle Baldwin den Männern seiner Umgebung erklärt haben, man könne die Entente nicht so wieder aufrichten, wie sie sein sollte, wenn man nicht damit beginne, die Beziehungen des Vertrauens zwischen der englischen und der französischen Regierung wieder herzustellen, die die englisch-französische Freundschaft vor und während des Krieges so mächtig gemacht hat. Die ehemaligen Beziehungen seien ins Wanken geraten. Man müsse sie aufs neue herstellen, wenn man wolle, daß die Zukunft besser würde. Ein großer Dienst, sagt das Blatt, würde der französisch-englischen Zusammenarbeit geleistet werden, wenn nach der bevorstehenden Zusammenkunft die beiden Ministerpräsidenten in dauernder direkter Verbindung bleiben würden.

Englands Zauderpolitik.

Passivität in deutschen Angelegenheiten bis nach der britischen Reichskonferenz.

London, 18. September. Die englische Regierungspresse hat einen Vorwand entdeckt, um eine Begründung dafür zu schaffen, daß sich England jeder Stellungnahme in seiner Politik gegenüber Deutschland weiterhin enthalten kann. Es wird nämlich angekündigt, daß das Kabinett wahrscheinlich überhaupt keine Beschlüsse fassen werde, bis die gesamte **augenblickliche Lage von der britischen Reichskonferenz** behandelt worden ist. Da diese Konferenz in etwa 14 Tagen zusammentritt und fünf bis sechs Wochen dauern soll, so wird damit für weitere zwei Monate Zeit gewonnen, in der England die Entwicklung der Dinge verfolgen kann, ohne aus seiner passiven Haltung herauszutreten. Der politische Berichterstatter des „Daily Telegraph" fügt dann noch Andeutungen über die **Auffassung der englischen Regierungskreise** hinzu. Man sei in London keineswegs sicher, daß Deutschland bis zum Schlusse der englischen Reichskonferenz seinen Widerstand fortsetzen könne. Uebrigens würde durch die formelle Einstellung des Widerstandes die gegenwärtige Lage nicht wesentlich verändert werden, denn es würde noch viele Monate dauern, bevor die wirtschaftliche Maschine im Ruhrgebiet wieder in Gang gesetzt werden könne und vielleicht **Jahre, bevor die deutsche Zahlungsfähigkeit wieder zu einer ernsten Möglichkeit geworden sei.** Im übrigen sei anzunehmen, daß die englische Reichskonferenz eine Politik der Loslösung Englands von Europa einschlagen werde. Die letzte Korfu-Krise habe dazu beigetragen, diese Tendenz zu verstärken.

Die Gewerkschaftsinternationale zur Ruhr- und Reparationsfrage.

Genf, 18. Sept. Eine Denkschrift des 20 Millionen Arbeiter vertretenden Internationalen Gewerkschaftsbundes über die Reparationsfrage erinnert zunächst daran, daß die Rechtmäßigkeit von Reparationsforderungen allgemein anerkannt werde, aber daß diese, wie aus Wilsons 14 Punkten hervorgehe, nicht als Strafe, Repressalie oder Kriegsentschädigung gedacht ist, sondern nur den Zweck verfolgen solle, zur Befestigung des Friedens die zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Die Denkschrift fordert weiterhin angesichts der Wichtigkeit einer amerikanischen Entscheidung die amerikanischen Arbeiter auf, im eigenen Interesse an dem Wiederaufbau Europas ihre Regierung zur Mitarbeit zu veranlassen. Da aber Amerikas Entscheidung nicht abgewartet werden könne, müßten die einer Lösung der Reparationsfrage sich entgegenstellenden Schwierigkeiten sofort gelöst werden. Daraus ergeben sich, wie die Denkschrift ausführt, drei wichtige Fragen: **1. Die deutsche Zahlungsfähigkeit müsse unparteiisch festgestellt werden.** Niemand könne übersehen, daß Deutschland am Abgrund des Unterganges stehe. Für Deutschland und seine Gläubiger würde der Untergang die furchtbarsten Folgen haben. Er würde die gesamte Weltwirtschaft erschüttern. Punkt 2 fordert, **langfristige Befreiung Deutschlands von Zahlungen**, sowie eine internationale Anleihe. In **bezug auf den 3. Punkt, die Ruhrbesetzung, spricht die internationale** Arbeiterbewegung von neuem ihre tiefste Ueberzeugung aus, daß die gegenwärtige Besetzungspolitik verhängnisvoll ist, die Deutschland ohne Nutzen für seine Gläubiger zerstört, die Unruhe in Europa verschärft, die Weltwirtschaft desorganisiert und mit einer positiven Lösung der Reparationsfrage nicht vereinbart werden kann. **Diese Besetzung müsse jetzt ein Ende nehmen.** Zweifellos bestehe zwischen den Forderungen der das Ruhrgebiet besetzt haltenden Mächte und den deutschen Vorschlägen noch ein großer Gegensatz. **Der Internationale Gewerkschaftsbund schlägt daher vor, daß der Völkerbund die Initiative zu einer Lösung der Reparationsfrage ergreift.**

Tägliche französische Tributforderungen in den Ruhrstädten.

Berlin, 18. Sept. Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, fordern die Franzosen, die in Bochum 8000 Franken und in Gelsenkirchen 6000 Franken verlangt hatten, nun auch von der Stadt Herne die Zahlung von 4000 Franken. Dabei handelt es sich, wie aus Bochum berichtet wird, nicht um wöchentliche sondern um tägliche Zahlungen! Auch in anderen Städten haben die Franzosen derartige Forderungen gestellt. Sie sind abgelehnt worden.

Degoutte verbietet die deutsche Goldanleihe.

Berlin, 17. Sept. Wie die „Montagspost" meldet, hat General Degoutte noch kurz vor Ablauf der Zeichnungsfrist, dem Vorbilde der Rheinlandkommission folgend, die deutsche Goldanleihe für das Ruhrgebiet und den Brückenkopf Düsseldorf verboten, da sie seiner Genehmigung nicht unterbreitet gewesen sei. Der Betrag der Zeichnung werde ohne Entschädigung beschlagnahmt. Außer Strafen für Zuwiderhandlung wird die Schließung aller Institute angedroht, die an der Zeichnung teilgenommen haben. (W. T. B.)

Das Handbuch der deutschen Staatsbürgerkunde im besetzten Gebiet verboten.

Paris, 18. Sept. Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission das in deutschen Schulen gebräuchliche Handbuch der neuen deutschen Staatsbürgerkunde für die besetzten Gebiete verboten mit der Begründung, es enthalte eine Reihe tendenziöser Kommentare zum Versailler Friedensvertrage. (!)

Schüchterne Versuche zu einer Reparationsdebatte im Völkerbund.

Der Streit um eine harmlose Formel.

Vor einer Lösung des Reparationsproblems?

Genf, 18. Sept. Bei der Debatte des 2. Ausschusses der Völkerbundsversammlung (technische Organisation) über den Bericht des Finanzkomitees erwähnte **Adatei** (Japan), **daß er Grund zu der Annahme habe, daß in einigen Tagen die Grundlinien für die Lösung des Reparationsproblems gefunden sein würden.** Der Vertreter Hollands, **Enjinga**, und der schwedische Delegierte, **Loefgren**, wiesen auf die Bedeutung dieser Erklärung von seiten einer so autorisierten Persönlichkeit wie Adatei hin. **Strakosch-Südafrika griff die Bemerkung Adateis auf und beantragte, in die Entschließungsentwürfe für die Versammlung einen Text über die Reparationsfrage einzufügen und zwar im Sinne der Erklärung, die Ishii in seiner Eröffnungsrede vor der Versammlung abgegeben habe, als er der Hoffnung zur baldigen Lösung des Problems Ausdruck verlieh. Munch**, Dänemark, unterstützte den Vorschlag, der Berichterstatter **Medina**, Uruguay, hielt dagegen die Frage für äußerst heikel und verlangte, daß sie vorher ernsthaft geprüft werde. Strakosch entgegnete, daß niemand der Kommission einen Vorwurf daraus machen könne, wenn sie einfach die Worte Ishiis in ihre Entschließung aufnehme. Ein **Vertreter Frankreichs erklärte, daß die Anspielung Ishiis in der Versammlung ausreiche und keine Veranlassung zu einer neuen Anspielung auf die Reparationsfrage in dem Entschließungstext für die Versammlung notwendig sei. Nach einer weiteren Aussprache wurde beschlossen**, die weitere Debatte auf morgen zu vertagen. (WTB.)

Ein begeistertes Bekenntnis Kölns für Deutschland.

Köln, 18. Sept. Der Reichsinnenminister nahm am Sonntag an der Einweihung des Kölner Stadions, der größten Sportanlage Europas teil. **Mehr als 100 000 Menschen waren versammelt, die nach einer Rede des Kölner Oberbürgermeisters ein begeistertes Bekenntnis für Deutschland ablegten. Die gewaltige Menge sang unter schwarz-rot-goldenen Bannern das Deutschland-Lied.** Am Montag hatte der Reichsminister eingehende Besprechungen mit führenden Persönlichkeiten des **besetzten Gebietes. Der große Ernst der** Lage wurde von niemandem verkannt. Es kam allseitig der Wille zum Ausdruck, die Reichsregierung mit allen Kräften zu unterstützen. (W. T. B.)

Die Zuständigkeit des Völkerbundsrats im Korfu-Konflikt.

Eine scharfe Erklärung Salandras.

Genf, 18. Sept. Zu Beginn der heutigen Sitzung des Völkerbundsrates gab **Salandra** eine lange und scharfe Erklärung zu Brantings gestriger Rede über die Besetzung Korfus und die Zuständigkeit des Völkerbundes ab. **Salandra erklärte zunächst mit großem Nachdruck, daß der Konflikt mit Griechenland erledigt und der Streitfall vollständig abgeschlossen sei. Die Sitzung werde hoffentlich die letzte in dieser Angelegenheit und seine Rede die letzte Erklärung sein.** Dann bestritt er in lebhaften Worten, daß die Besetzung Korfus, wie Branting behauptet hätte, dem Völkerbundspakt widerspreche, indem er unter Zitierung von völkerrechtlichen Autoritäten und an Hand anderer Beispiele friedlicher Besetzungen, wie sie andere Staaten früher, vor allem auch Frankreich und England, gehandhabt hätten, die These vertrat, daß die friedliche Besetzung den Zweck der Sanktion habe, was völkerrechtlich zulässig sei. **Auch eine spätere Debatte über die Kompetenzfrage im vorliegenden Falle lehnte er nachdrücklich ab,** da nicht die geringste Veranlassung vorliege, die Zuständigkeit anläßlich eines Konfliktes zu entscheiden, der nicht mehr existiere. Dagegen habe er nichts gegen ein späteres juristisches Gutachten über die Zuständigkeit des Völkerbundes im allgemeinen, falls dieses sich nicht auf den gegenwärtigen Fall beziehe, einzuwenden. **Cecil** begnügte sich damit, Salandra für seine liebenswürdigen Worte zu danken und seine Schlußanregungen zu unterstreichen. **Branting** entgegnete auf Salandras Ausführungen, daß sie ihn in keiner Weise überzeugt hätten und er seinen Standpunkt durchaus aufrecht erhalten müsse. Es bestehe ein Unterschied zwischen dem, was vor und nach der Abfassung des Völkerbundspaktes erlaubt sei. Die öffentliche Meinung der ganzen Welt werde sich kaum bemühen zu glauben, daß die sogenannten friedlichen Repressalien, von denen Salandra gesprochen habe, harmlos gewesen seien. Der Vorsitzende Ishii schloß hierauf die Sitzung.

Allgemein vermerkt wurde der scharfe Ton Salandras gegen Branting und eine große Liebenswürdigkeit gegen Lord Robert Cecil, sowie auch eine freundliche Wendung für den griechischen Vertreter Politis.

Razzia des Devisenkommissars in Berliner Kaffees.

Berlin, 18. Sept. Auf Ersuchen des Kommissars für Devisenerfassung veranstaltete die Wucherpolizei des Berliner Polizeipräsidiums in Verbindung mit Beamten des Fremdenamtes, der Schupo, der Finanzverwaltung und Beamten des Devisenkommissars **in einer Reihe größerer Kaffees der Friedrichstadt und des Westens eine Durchsuchung nach ausländischen Werten, für die eine gesetzliche Ablieferungspflicht besteht.** Während die kontrollierenden Zivilbeamten sich unauffällig in das Lokal begaben, sperrte die Schupo die Ein- und Ausgänge. Die Gäste und das Personal wurden dann auf verbotene Devisen hin untersucht. **Soweit sich die Betroffenen über den rechtmäßigen Besitz und Erwerb nicht ausweisen konnten, fand eine vorläufige Beschlagnahmung gegen Quittung statt.** Das ganze Unternehmen, bei dem der Devisenkommissar Geheimrat Fellinger persönlich zugegen war, verlief in größter Ruhe und weitgehendster Schonung des Publikums und des Geschäftsbetriebes. Die genauen Ergebnisse unterliegen noch der Bearbeitung. (W. T. B.)

Neufassung der Wohnungsluxussteuer.

Wie die Expreß-Korr. erfährt, hat der Reichsarbeitsminister dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung über die Wohnungs-Luxussteuer zugehen lassen. Danach ist die Wohnungs-Luxussteuer, deren Ertrag lediglich zur Förderung der Wohnungsbeschaffung und der Siedlung verwendet werden darf, nach der Zahl der steuerpflichtigen Wohnräume allein oder in Verbindung mit der Größe der Wohnfläche, nicht aber allein nach der Größe der Wohnfläche zu bemessen. Räume unter 10 Quadratmetern Wohnfläche sind steuerfrei. Für alle übrigen Räume ist vorgesehen, daß Räume über 40 Quadratmeter Wohnfläche bei der Berechnung der Zimmerzahl doppelt zu zählen sind. Die von den Hausangestellten bewohnten Räume sind ohne Rücksicht auf ihre Größe den Wohnräumen zuzurechnen. Steuerfrei sollen mindestens so viel Wohnräume sein, wie die um eins vermehrte Zahl der zum Hausstand des Wohnungsinhabers gehörigen Personen beträgt. Je zwei Kinder im Alter bis zu 10 Jahren werden als eine Person berechnet. Hausangestellte sind den Personen des Haushalts hinzuzurechnen.

SLUB
Wir führen Wissen.